

Judenhass an Berliner Schulen auf dem Vormarsch



Von EUGEN PRINZ | Mit der Ausbreitung des Islam in Deutschland und dem fanatischen Eintreten der Muslime für ihren Glauben, hat nun der Religionsterror auch Einzug in den Schulalltag gehalten. Besonders betroffen sind Regionen, in denen die Grund- und Hauptschulen von muslimischen Kindern zahlenmäßig und damit auch faktisch dominiert werden, wie in Berlin. An den Schulen der einschlägigen Stadtteile dort ist religiöses Mobbing an der Tagesordnung, wie jüngst eine Neuköllner Schulleiterin beklagte. Beispielsweise werden Mitschüler unter Druck gesetzt, wenn sie sich nicht an den islamischen Fastenmonat Ramadan halten. Auch der Judenhass ist unter muslimischen Schülern weit verbreitet. Der jüngste Vorfall hat sich in der Paul-Simmel-Grundschule im östlichen Tempelhof zugetragen.

Wer nicht an Allah glaubt, wird verbrannt

„Unsere Tochter wurde von muslimischen Schülern angepöbeln, weil sie nicht an Allah glaubt“, beklagt ein 41-jähriger Vater die Zustände gegenüber der Berliner Zeitung. Bereits seit etwa drei Jahren komme es in der Schule zu religionsmotivierten Vorfällen. Damals habe eine Mitschülerin seiner Tochter klar gemacht, dass jeder, der nicht an Allah glaubt, verbrannt wird.

Als seine Tochter in die zweite Klasse ging, hatte ein körperlich deutlich überlegener muslimischer Schüler dem

schmächtigen Kind gedroht, sie würde geschlagen und umgebracht werden, weil sie nicht an Allah glaubt. Ihre Eltern bezeichnete er damals als Dummköpfe, weil sie ihr Kind nicht im Glauben Allahs erziehen.

Der neueste Vorfall: Als Ende Februar das Mädchen auf eine Frage eines Mitschüler bestätigte, dass sie Jüdin sei, wiederholte dieser das Wort „Jude“ mehrmals in bedrohlichem Tonfall.

Schulleitung reagiert mit Maßnahmen aus der Kuschelpädagogik

Statt hier mit aller Härte durchzugreifen, reagierte die Schulleitung mit typischer linksgrüner Kuschelpädagogik. Man bildete einen Stuhlkreis, wo es unter Anwesenheit des Schulleiters und eines Sozialpädagogen zu einer Gegenüberstellung des Opfers mit dem Täter kam. Dabei wurde der Vorfall „thematisiert“ und das Mädchen, das natürlich seither Angst vor ihrem Peiniger hat und diesem am liebsten aus dem Weg gegangen wäre, durch die Konfrontation mit ihm erneut traumatisiert. Als weitere Maßnahme zur „Aufarbeitung“ gab es in der entsprechenden Klasse ein „Projekt zum Thema Toleranz“. Fazit: Alle würden das Thema „sehr ernst“ nehmen. Das nennt man hartes Durchgreifen...

Täter bleibt, Opfer geht – Fall erledigt?

Der entsprechende Schüler besucht nach wie vor diese Schule. Aus den Vorfällen zieht der Vater des bedrohten Mädchens nun die Konsequenzen und schickt sein Kind nun ab der fünften Klasse in eine andere Schule. Das jüdische Opfer geht, der Schikanierer bleibt. Der Schulleiter gab in einem Schreiben an den Vater der jüdischen Schülerin zu verstehen, dass er die Sache als abgeschlossen betrachtet.

Vorfälle resultieren aus „kultureller Überforderung“

„Über 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler sind nichtdeutscher Herkunft, viele haben vor der Grundschule keine

Kita besucht und kommen bei uns das erste Mal mit Kindern aus anderen Kulturkreisen zusammen“, erklärte der Schulleiter der Berliner Zeitung, nachdem der Vater des jüdischen Mädchens die Vorfälle öffentlich gemacht hatte. „Kleine Konflikte“ in der Phase der „kulturellen Überforderung“ seien nicht zu vermeiden, rechtfertigt der leitende Pädagoge schönfärberisch die Zustände an seiner Einrichtung. Erst als in WhatsApp-Gruppen der Grundschüler ein Enthauptungsvideo des IS kursierte, wurde eine Strafanzeige bei der Polizei gestellt.

Und was macht man dagegen? „Dem begegnen wir proaktiv und thematisieren gleich zu Beginn Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Kinder“, lautet die Lösung des Schulleiters.

Der Vater des betroffenen Mädchens, ist vor etwas mehr als 26 Jahren selbst als Flüchtling nach Deutschland gekommen. Über seine Integration sagt er, dass ihm damals vom ersten Tag an klar gewesen sei, dass er die deutsche Sprache erlernen, die westlichen Werte wie Toleranz leben müsse und sich an sein Umfeld anzupassen habe. Bei den Muslimen erlebe er, dass diese sich zunehmend abkapseln würden. Die falsch verstandene Toleranz ermögliche gerade die Unwilligkeit zur Anpassung an sein Umfeld und die teils darauf folgende Radikalisierung.

Bisher von der Politik nur heiße Luft

Bundesaußenminister Heiko Maas, der angeblich wegen Auschwitz in die Politik gegangen ist, hat sich gegenüber der Bild Zeitung zu den Vorfällen geäußert:

„Wenn ein Kind antisemitisch bedroht wird, ist das beschämend und unerträglich. Jeder Form von Antisemitismus müssen wir uns entschieden entgegen stellen. Wir müssen bei uns in Deutschland und weltweit alles tun, um jüdisches Leben zu schützen.“

Maas wird jedoch nicht bereit sein einzugestehen, dass mit den

muslimischen Migranten eine neue Qualität des Judenhasses in Deutschland Einzug gehalten hat. Solange das so ist, wird es keine wirksame Bekämpfung des importierten Judenhasses geben.

Aus unserer Vergangenheit ergibt sich jedoch eine besondere Verpflichtung des deutschen Staates, seiner Regierung und seiner Bürger, jüdisches Leben in diesem Land zu schützen. Wenn sich Menschen jüdischen Glaubens inzwischen nicht mehr ohne Angst im öffentlichen Raum bewegen oder in Einrichtungen dieses Landes aufhalten können, dann ist das skandalös und beschämend.

Daher wird es höchste Zeit, dass die Politik auch dem importierten, dem muslimischen Antisemitismus entschlossen, hart und unnachgiebig die Stirn bietet. Wer als Migrant nach Deutschland kommt und hier jüdisches Leben bedroht, hat sein Bleiberecht verwirkt und muss gehen. Das ist das mindeste.